



// Im Gespräch mit dem Europaabgeordneten Herbert Reul // Foto: Sächsische Staatskanzlei

Thomas Starke

# Sächsischer Landtag eröffnet

// Sachsens Abgeordnete rücken näher an die Gremien der Europäischen Union. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner hat am 7. September 2016 das Verbindungsbüro des Parlaments in Brüssel offiziell eröffnet. Damit unternimmt der Landtag einen wichtigen Schritt, um auf Entscheidungen der europäischen Ebene besser einwirken zu können. //

Inzwischen beeinflusst das EU-Recht einen erheblichen Teil der deutschen Gesetze. Umso wichtiger ist es für den Sächsi-

schen Landtag, frühzeitig über wichtige Vorhaben in Brüssel informiert zu werden, um – wenn nötig – Einfluss auf die

Gesetzgebung der EU zu nehmen. Schließlich sind die Länder die zentralen Akteure, wenn es um die Umsetzung europäischen Rechts geht. Und es ist vor allem die regionale Ebene, auf der die europäische Integration den Bürgern nähergebracht wird.

Das neu eingerichtete Verbindungsbüro, das mit einem

// Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und der Direktor beim Sächsischen Landtag, Dr. Christopher Metz, vor dem Berlaymont-Gebäude (Sitz der Europäischen Kommission) // Fotos: T. Starke



// Im Sitzungssaal der Kommission

Juristen besetzt ist, berichtet dem Präsidenten und dem Europaausschuss des Landtags über aktuelle Themen der europäischen Politik, die für Sachsen von Bedeutung sein können, versorgt das Parlament mit Informationen zu Gesetzgebungsvorhaben der EU und betreut die Abgeordneten bei ihren Arbeitsbesuchen in Brüssel.

**Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit**



Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Europäische Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, wenn die angestrebten Maßnahmen von den Mitgliedsstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf EU-Ebene besser zu verwirklichen sind. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gehen die Maßnah-

men der EU inhaltlich wie formal nicht über das erforderliche Maß hinaus. Um die Beachtung dieser beiden Prinzipien sicherzustellen, sieht ein Subsidiaritäts-Frühwarnsystem eine Konsultation der nationalen Parlamente, d. h. in Deutschland auch des Bundesrates, vor. Die Sächsische Staatsregierung gibt dem Landtag Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor sie über die Stimmabgabe im Bundesrat entscheidet.

Der Sächsische Landtag ist das achte deutsche Landesparlament, das ein solches Büro eingerichtet hat. Bei einem Empfang anlässlich seiner Eröffnung unterstrich Landtagspräsident Dr. Rößler: »Wir

wolle. »Uns geht es dabei neben Informationen über europapolitische Entwicklungen vor allem um die Wahrung landesgesetzgeberischer Interessen und Spielräume, um die Abwehr ungerechtfertigter Eingriffe und

konzentrieren und in ihrem eigenen Interesse dabei den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit folgen. Der Mehrwert einer europäischen Regelung gegenüber nationalen oder regionalen Lösungen muss klar ersichtlich sein.« Deshalb wolle der Sächsische Landtag die Möglichkeiten, die der Lissabonner Vertrag den regionalen Parlamenten bei der europäischen Politikgestaltung und Rechtsetzung bietet, stärker als bisher nutzen – als eine Art »Integrationswächter«. Ebenso wichtig sei aber auch ein produktiver Dialog mit den Organen der EU. In seinem Grußwort würdigte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, die Bedeutung, die der Sächsische Landtag der

fenster für ihre Heimat und »Trüffelschwein«, das wichtige Informationen aufspürt.« Im Rahmen seines Besuchs traf Landtagspräsident Dr. Rößler auch mit EU-Kommissar Günther Oettinger zusammen, um sich mit ihm über die Einflussmöglichkeiten der Landesparlamente auf die Politik der Europäischen Union auszutauschen. A und O seien dabei dem Kommissar zufolge regelmäßige Gespräche mit Rat, Kommission und Parlament in Brüssel. »Ihre Präsenz vor Ort unterstreicht die Besonderheit der Stellung der Bundesländer im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland und damit in Europa. Wenn Sie regelmäßig nach Brüssel kommen, werden Sie hier auch ernst genommen«, ermutigte Oettinger.

# Verbindungsbüro in Brüssel

bringen uns aktiv in die europäische Politik ein – engagiert, manchmal kritisch, aber immer konstruktiv«. Nationale beziehungsweise regionale Identität und europäische Integration seien keine Gegensätze, wenn sie klug austariert würden. Dies setze aber einen seriösen Dialog zwischen Brüssel und den Regionen voraus, den der Sächsische Landtag künftig stärker führen

// Dr. Matthias Rößler mit EU-Kommissar Günther Oettinger



// Karl-Heinz Lambertz und Dr. Matthias Rößler

Einschränkungen sowie um einen produktiven Dialog.« Besonders betonte Rößler die vertraglich verankerten »Spielregeln« für ein Tätigwerden der EU: »Ich bin mir sicher: Das Ziel eines »immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker« wird von den Bürgern nur dann mitgetragen, wenn sich die europäischen Institutionen auf das Wesentliche

Europapolitik beimesse. Zugleich betonte er die Offenheit der europäischen Institutionen für politische Impulse aus den Regionen. Dabei käme Einrichtungen wie dem Verbindungsbüro des Sächsischen Landtags eine Schlüsselstellung zu: »Sie müssen Lautsprecher sein für die Anliegen von zu Hause, Mikrofon für die Botschaften aus Brüssel in die Regionen, Schau-

Der Erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen der EU, Karl-Heinz Lambertz, riet dem Landtag zu einer frühzeitigen Intervention in Entscheidungsprozessen der EU. Wichtige Weichenstellungen würden bereits in der sogenannten prä-legislativen Phase getroffen, noch bevor die Kommission ihren Entwurf für eine Richtlinie oder eine Verordnung vorstellt. Außerdem sei eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Berichterstattern im Europäischen Parlament ratsam, um sächsische Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Dabei dürfe nicht eine Ebene in Europa gegen eine andere ausgespielt werden. Vielmehr müsse jede Ebene ihrer eigenen Rolle gerecht werden. Am Ende komme es auf das Funktionieren des Gesamtsystems an. Die Aufgabe des Ausschusses der Regionen sei es, die regionale und kommunale Sicht gebündelt in das Gesetzgebungsverfahren der EU einzubringen.